24. 1. Nach welchen Grundsätzen bestimmt sich bei einem mehrfachen Unterordnungsverhältnisse eines in Ausübung seines Berufes beleidigten Beamten oder Religionsdieners die Zuständigkeit eines der mehreren Vorgesetzten zur Stellung des Strafantrages nach §. 196 St.G.B.?¹⁸⁷

2. Dienstverhältnisse der Militärbeamten, insbesondere der preussischen Militärpfarrer.

Reichsbeamtengesetz v. 31. März 1873 §§. 1. 10. 13. 72. 123
(R.G.B. S. 61).

Allg. Verordn. über die Disziplinarbestrafung für das Heer v. 31. Oktober 1872 §§. 34. 35 (Armeeverordnungsbl. S. 331).

Allg. Verordn. v. 29. Juni 1880 betr. die Klasseneinteilung der Militärbeamten (R.G.B. S. 169).

Preuß. Militärkirchenordnung v. 12. Februar 1832 §§. 2. 21 bis 25.
§§. 49. 69. 74 (G.S. S. 69).

I. Straffenat. Ur. v. 21. September 1882 g. S. Rep. 1772/82.

I. Landgericht Köln.

Aus den Gründen:

Gegen den Chefredakteur der R.'schen Zeitung war das Hauptverfahren wegen des Verdachtes eröffnet worden: „durch einen Artikel der R.'schen Zeitung vom 4. Februar 1882 in Beziehung auf den Garnisonpfarrer W. in W. die nicht erweislich wahre Thatsache öffentlich verbreitet zu haben, einem zu W. verstorbenen Kasernenwärter sei deshalb von jenem Geistlichen das letzte Geleit verweigert worden, weil er kein Kirchengänger gewesen, welche Thatsache den Geistlichen in der öffentlichen Achtung herabzuwürdigen geeignet ist.“

Nach Verhandlung hat die Strafkammer das Verfahren eingestellt, weil ein Strafantrag des Beleidigten nicht vorliege, das Kommando zu W. aber zu dem von ihm — rechtzeitig — gestellten Antrage nicht berechtigt sei.

Die Gründe des Urtheiles führen aus, daß der Garnisonpfarrer W. in dem beregten Zeitungsartikel „lediglich als Religionsdiener und in Beziehung auf seinen Beruf als Religionsdiener angegriffen und angeblich beleidigt worden,“ seine „Eigenschaft als Militärbeamter und sein Beruf als Militärbeamter“ nicht in Betracht kommen. In Fällen, wo, wie vorliegend, ein Religionsdiener oder Beamter zwei Vorgesetzte habe, entspreche es dem §. 196 St.G.B.'s, daß jeder Vorgesetzte das Strafantragsrecht nur insofern habe, als der untergebene Beamte in Beziehung auf „den Beruf oder diejenige Seite seines Berufes“ be-

leidigt sei, rücksichtlich deren er zu diesem Vorgesetzten „in dem Unterordnungsverhältnisse stehe“. Nach der preuß. Militärkirchenordnung vom 12. Februar 1832 (G.S. S. 69), insbesondere §§. 21 flg., seien nun die Militärprediger hinsichtlich aller sich unmittelbar auf die Ausübung ihrer geistlichen Amtsobliegenheiten beziehenden Angelegenheiten, wie eine solche hier vorliege, ihren geistlichen Behörden untergeordnet, sodaß nur der geistliche Vorgesetzte des B. das ausschließliche Recht zum Strafantrage gehabt habe.

Der Staatsanwalt greift dieses Erkenntnis wegen Verletzung der §§. 185. 196 St.G.B.'s und des §. 21 der preuß. Militärkirchenordnung an.

Die vorerwähnte, auf Beurteilung des Beweisergebnisses beruhende, Auffassung der Strafkammer über die Richtung des Zeitungsartikels gegen den Garnisonpfarrer B. bezüglich dessen dienstlicher Funktionen ist an sich dem Angriffe durch die Revision entzogen. Nach Lage der Sache handelt es sich um die Frage, ob jene Ausnahme, aus der gefolgert wird, das Kommando zu B. sei nicht zur Stellung des Strafantrages befugt, gegen §§. 196. 185 St.G.B.'s durch Verkennung der Begriffe einer „Beleidigung eines Beamten“ in Beziehung auf seinen Beruf“ und eines „amtlichen Vorgesetzten“ verstößt.

Eine rechtsirrthümliche Anschauung der Strafkammer kann nun zunächst nicht mit der Revision daraus hergeleitet werden, daß B. seiner Aussage im Verhandlungstermine nach sich in seiner doppelten Eigenschaft als Geistlicher und als Militärbeamter beleidigt fühlt. Es darf auch unentschieden bleiben, ob die Behauptung des Staatsanwaltes, jede Beleidigung, auch die eines Beamten, treffe stets die ganze Persönlichkeit, in dieser Allgemeinheit richtig ist, abgesehen selbst davon, daß die Strafkammer die beleidigende Natur des Angriffes noch gar nicht festgestellt hat.

Die landgerichtlichen Motive müssen als vollkommen zutreffend anerkannt werden. Wie das Reichsgericht bereits wiederholt ausgesprochen (Entsch. in Straff. Bd. 3 S. 248, Bd. 4 S. 222), erscheint die durch §. 196 St.G.B.'s gewährleistete Ermächtigung als Ausfluß des dienstlichen Aufsichts- und Überwachungsrechtes der amtlich Vorgesetzten, wodurch die Ehre des Amtes, welches selbst in seinem Träger berührt wird, thunlichst gewahrt werden soll. Untersteht der angeblich rücksichtlich seines Berufes beleidigte Beamte, Religionsdiener oder das Mit-

glied der bewaffneten Macht — welche Kategorieen in §. 196 St.G.B.'s neben einander auftreten — mehreren Oberen, so wird zu untersuchen sein, welcher dieser letzteren nach den Gesetzen und dem Behördenorganismus des Staates gerade als derjenige Vorgesetzte sich darstellt, dem in der betreffenden Dienstsphäre der Beamte untergeordnet ist, dessen Thätigkeit oder Unterlassung den Gegenstand oder die Grundlage des Angriffes bildet. Als amtlich Vorgesetzter im Sinne des §. 196 St.G.B.'s kann alsdann nur der hierarchisch höher stehende gelten, welcher kraft seiner Dienstgewalt die Einzelhandlung des unteren Beamten zu beaufsichtigen, bezüglich in betreff dieser befehlend und ändernd einzugreifen hat, dem insoweit der Untergebene Gehorsam zu leisten verpflichtet ist.

Die Garnisonpfarrer in Preußen haben als Militärpersonen den Militärgerichtsstand in Strafsachen, sind aber im Frieden dem deutschen Militärstrafgesetzbuche nicht unterworfen (Militärstrafgesetzbuch für das deutsche Reich vom 20. Juni 1872 — R.G.Bl. S. 174 — §§. 3. 4. 153 und das demselben beigelegte Verzeichnis, preuß. Militärstrafprozessordnung vom 3. April 1845 §. 1 Nr. 2). Nach dem Reichsbeamtengesetze vom 31. März 1873 §. 1 (R.G.Bl. S. 61) zählen die Militärbeamten der deutschen Armee — mit Ausnahme des Rgl. bayerischen Contingentes — zu den Reichsbeamten, haben als solche die Verpflichtung, ihr Amt der Verfassung und den Gesetzen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen (§. 10 a. a. D.), sind für die Gesetzmäßigkeit ihrer amtlichen Handlungen verantwortlich (§. 13 a. a. D.) und verwirken durch Verletzung der ihnen obliegenden Pflichten die Disziplinarbestrafung (§. 72 a. a. D.). Gegen Militärbeamte kommen nach §. 123 a. a. D. hinsichtlich der — nicht in Entfernung aus dem Amte bestehenden — Disziplinarverfügungen die auf sie bezüglichen „besonderen Bestimmungen“ zur Anwendung. Als solche besondere Bestimmung ist die Allerhöchste Verordnung über die Disziplinarstrafordnung für das Heer vom 31. Oktober 1872 (Armeeverordnungsbl. S. 331) zu betrachten, deren §. 34 lautet:

„Militärbeamte, welche sowohl unter einem Militärbefehlshaber, als auch unter einem Verwaltungsvorgesetzten stehen, sind bei Verletzung der Dienstvorschriften, welche die Grundlage ihrer Amtswirksamkeit bilden, ausschließlich der Disziplinarbestrafung des Verwaltungsvorgesetzten unterworfen. Alle anderen zur Disziplinarbestrafung ge-

eigneten Handlungen solcher Militärbeamten gehören zur Zuständigkeit des ihnen vorgesetzten Militärbefehlshabers. Hierdurch wird jedoch die Mitaufsicht der Verwaltungsvorgesetzten über die sittliche Führung der Beamten nicht ausgeschlossen. Wo die Grenzen dieser beiden Unterordnungsverhältnisse zweifelhaft sein sollten, müssen bei Ausübung der Disziplinarstrafgewalt die für die betreffenden Militärbeamten erteilten besonderen Dienstvorschriften und Instruktionen berücksichtigt werden“ (vgl. auch §. 35 a. a. D.).

Vom 1. Juli 1880 an ist die durch Allerhöchste Verordnung vom 29. Juni 1880 (R.G.Bl. S. 169) geregelte neue Klasseneinteilung der Militärbeamten des Reichsheeres und der Marine in Kraft getreten.

Danach wird unterschieden zwischen:

1. Militärbeamten, welche nur den ihnen vorgesetzten Militärbefehlshabern untergeordnet sind;

2. Militärbeamten, „welche in einem doppelten Unterordnungsverhältnisse stehen, und zwar einerseits zu den ihnen vorgesetzten Militärbefehlshabern, andererseits zu den ihnen vorgesetzten höheren Beamten oder Behörden“;

3. Militärbeamten, „welche nur den ihnen vorgesetzten höheren Beamten und Behörden untergeordnet sind“.

Zur Klasse unter 2., und zwar zu den oberen Militärbeamten werden u. a. beim Reichsheere „in Preußen und Sachsen die Militärpfarrer“ gerechnet, während in Preußen zur Kategorie unter 3. „der evangelische und katholische Feldprobst der Armee“ gehören.

Die Duplizität der Unterordnung der preussischen Militärpfarrer (vgl. Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871 Art. 61 Abs. 1 am Schlusse) ist durch ein Spezialgesetz, die preuß. Militärkirchenordnung vom 12. Februar 1882 (G.S. S. 69), welche dem obigen zufolge, soweit nicht Abänderungen eingetreten sind, noch jetzt als besondere Bestimmung und Dienstvorschrift entscheidet, im näheren geregelt worden. Nach §. 21 sind die Militärprediger hinsichtlich „aller sich unmittelbar auf die Ausübung ihrer geistlichen Amtsobliegenheiten beziehenden Angelegenheiten den geistlichen Behörden, in allen sich zunächst auf ihre Verhältnisse als Militärbeamte beziehenden Angelegenheiten“ den betreffenden Militärbefehlshabern, der Garnisonprediger namentlich dem Kommandanten, untergeordnet. Die „geistlichen Amtsangelegenheiten“ werden in §. 24 a. a. D. genauer — im

Gegenſatz zu den Funktionen der Prediger als Militärbeamte — dahin bezeichnet, daß darunter „alle, nicht das äußere militärdienstliche Verhältnis, sondern ihre Amtsführung als Prediger betreffenden Angelegenheiten“ begriffen sind. Rückſichtlich dieser geiſtlichen Amtsgeschäfte iſt nach §. 22 a. a. D. der Militärvorgesetzte, deſſen Auktorität in kirchlichen und gottesdienſtlichen Sachen ſich auf Anordnungen für die Militärgemeinde nach den beſtehenden äußeren kirchlichen Einrichtungen beſchränkt, „nicht befugt“, einem Militärgeiſtlichen „Vorſchriften zu erteilen“. Die dem Militärprediger betreffs der geiſtlichen Amtsobliegenheiten Vorgeſetzten ſind der Oberprediger des Armeekorps, das Konſiſtorium der Provinz, der Feldprobſt und das Miniſterium der geiſtlichen Angelegenheiten (§. 24 a. a. D.). Inſbeſondere ſtehen die Oberprediger nach §. 25 a. a. D. zu den ihnen untergeordneten Garniſonpredigern im Verhältniſſe der Superintendenten zu den Predigern ihrer Diözefe, wie in den §§. 3. 25. 26 a. a. D. ſpezieller ausgeführt wird. Die Beſtimmung des Feldprobſtes iſt dem §. 2 a. a. D. gemäß die „eines unmittelbaren Vorgeſetzten der geſamten Militärgeiſtlichkeit und eines Vertreters der militärkirchlichen Intereſſen“.

Vorliegend wird dem Angeklagten zur Laſt gelegt, den Garniſonpfarrer W. durch den unerweiſlichen, dieſen in der öffentlichen Achtung herabzuwürdigen geeigneten Vorwurf der ungerechtfertigten Ablehnung der geiſtlichen Mitwirkung bei Beerdigung eines Kaſernenwärters der Militärkirchengemeinde zu W. beleidigt zu haben.

Der Angriff nimmt daher, wie die Strafkammer mit Recht ausſpricht, lediglich eine Handlung des Garniſonpfarrers W. als Religionsdiener und in Beziehung auf dieſen ſeinen geiſtlichen Beruf zum Gegenſtand. Die deſhalbigen dienſtlichen Pflichten des Garniſonpfarrers betreffen nicht das äußere militärdienſtliche, auf Subordination beruhende, Verhältnis des W. zu dem ihm ſonſt vorgeſetzten Militärbeſehlshaber, dem Kommando zu W., ſondern ſeine Stellung als Geiſtlicher und bezw. Reichsbeamter in der religionskirchlichen Angelegenheit einer Beerdigung (vgl. preuß. Militärkirchenordnung §§. 49. 74 und Überſchrift von §. 69 „andere geiſtliche Amtsverpflichtungen“, ſowie §§. 105 flg. a. a. D.), die „Grundlage ſeiner geiſtlichen Amtswirksamkeit“.

Sohin war im konkreten Falle der militäriſche Obere kein amtlich Vorgeſetzter des W. im Sinne des §. 196 St.G.B.'s und deſhalb auch

nicht befähigt, wirksamen Strafantrag wider den Angeklagten zu erheben. Dazu waren ausschließlich die geistlichen Vorgesetzten befugt.

Die Strafkammer hat daher ohne ersichtliche Gesetzesverletzung das wider den Angeklagten eröffnete Verfahren eingestellt.